

# Der Kanzler spendiert eine Milliarde und Bouletten

Migration zur Chefsache machen, endlose Zahlungen an die Länder umgehen: Beide Ziele hat Olaf Scholz beim Flüchtlingsgipfel erreicht. Das Problem aber bleibt

Berlin – Am Ende des Tages ist der Kanzler zufrieden. „Man soll ja den Tag nicht vor dem Abend loben – jetzt ist der Abend, also können wir ihn loben“, sagt Olaf Scholz nach dem Flüchtlingsgipfel mit den Ministerpräsidenten. Nur ein paar Fragen muss er noch beantworten, dann ist Feierabend. **Seltsam, dass jetzt alles so friedlich und sogar zügig endet, wo sich doch Bund und Länder eine Woche lang mit Forderungen und Vorwürfen überzogen haben.**

Warum also nicht gleich so, wird der Kanzler gefragt. Scholz antwortet aufreizend abgeklärt. „Wenn man mich heute Morgen gefragt hätte, wie es aussieht, dann hätte ich gesagt: So. Insofern bin ich natürlich besonders zufrieden.“ Scholz spielt seine Lieblingsrolle: Er hat es natürlich schon vorher gewusst. Während alle abgeplant waren vom Schlachtenlärm, ist sein Plan voll aufgegangen. Allein: Was war eigentlich der Plan?

Der Kanzler stand vor dem Problem, zwei Ziele miteinander verbinden. Zum einen musste er zeigen, wie ernst er das Thema Migration nimmt. Wegen der steigenden Flüchtlingszahlen und überlasteter Kommunen war der Druck zuletzt erheblich gewachsen, die Sache als Regierungschef selbst in die Hand zu nehmen. Zum anderen wollte Scholz vermeiden, mitten im ungelästen Streit ums Budget für 2024 auch noch im großen Stil Geld an die Länder zu verteilen.

Sein Finanzziel hat der Kanzler weitgehend erreicht. Zwar bewahrheitete sich wieder einmal der Spruch, wonach jedes Treffen mit den Ländern den Bund eine Milliarde kostete: Die hat der Bund nun für das Jahr 2023 „mobilisiert“, wie Scholz sagt, um den Gemeinden bei der Versorgung der Flüchtlinge zu helfen. Nach seinem Willen soll das Geld vor allem dazu dienen, die Ausländerbehörden zu digitalisieren.

Gemessen an dem, was der Bund schon in anderen Runden mit den Ländern zugesagt hat, ist Scholz damit aber günstig davongekommen, und auch der gestrenge Finanzminister Christian Lindner hält die Milliarde für „verkräffbar“. Die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten hatten zwar in den Verhandlungen keine spezifische Forderungen gestellt, doch war ihre Ausgangsvorstellung eher gewesen, dass

der Bund den bisher zugesagten Betrag von 2,75 Milliarden Euro verdoppelt.

Erreicht hat Scholz sein Ziel auch dadurch, dass er den Ländern von Anfang signalisiert hat. Bei mir ist nichts zu holen. Die Kassenlage des Bundes ist unbestritten dramatisch. Und Scholz machte den Länderchefs deutlich, dass jeder nun zusammengekratzte Euro anderswo fehlen wird – womöglich auch zum Schaden der Länder. Schon eine Woche vor dem Gipfel verbreitete das Kanzleramt seine Botschaft, wonach der Bund schon jetzt sehr viel zahlen müsste. Auch ließ man anklingen, dass der Kanzler ja selbst mal (Hamburger) Bürgermeister gewesen sei und die Gegebenheiten kenne. Botschaft zwischen den Zeilen: Dem Kanzler könnt ihr nichts vormachen.

Ganz so sicher scheint Scholz sich seiner Sache aber nicht gewesen zu sein. Am

Dienstag reiste er nach einem Auftritt vor dem Europäischen Parlament in Straßburg vorzeitig nach Berlin zurück, um in der SPD-Bundtagsfraktion zu werben. Danach trat er sich mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der SPD-regierten Bundesländer. Dem Vernehmen nach legte er da schon die Milliarde Euro auf den Verhandlungstisch. Diese landete dann am Mittwoch nach eher kurzen Beratungen im Beschlusspapier. Etwa zeitgleich servierte das Kanzleramt seinen Gästen Bouletten.

Erkauft hat sich Scholz so jedenfalls ein bisschen Zeit. Bis zum Herbst sollen Experten aus Bund und Ländern nun darüber beraten, wie die Hilfe für Flüchtlinge langfristig finanziert wird und von wem. Dabei ist allen Seiten klar: Steigen die Zahlen noch einmal dramatisch, steigt auch wieder der Druck auf Scholz. Und die Zahl der Über-

fahrten über das Mittelmeer nimmt erfahrungsgemäß im Sommer deutlich zu.

Die Lösung der eigentlichen, grundsätzlichen Fragen aber ist vertagt worden. Es bleibt unklar, wie sich Bund und Länder auf Dauer die Kosten teilen. Es bleibt unklar, wie die Bundesregierung den Zustrom an Flüchtlingen bremsen könnte – zumal etliches davon nur auf europäischer Ebene vereinbart werden kann. Anderes ist zwar vielleicht nicht zwischen Bund und Ländern strittig, wohl aber in der Berliner Ampel-Koalition.

## „Das Ergebnis überschreitet alle roten Linien, die ich mir als grüne Abgeordnete vorstellen kann.“

Die Grünen jedenfalls sind verstimmt. Von „Aufbruch“ bei einem Teil der Bundestagsabgeordneten war am Donnerstag in der Fraktion die Rede. „Das Ergebnis aus der MPK überschreitet alle roten Linien, die ich mir als grüne Abgeordnete vorstellen kann“, sagt etwa Karoline Otte. Der Beschluss stieß auf massiven Widerstand. Von „Ablenkung aus Angst vor Rechts“ spricht Fraktionskollege Julian Pahlke. „Abschotung und Abschreckung tragen nicht dazu bei, die Integration von Geflüchteten voranzubringen“, kritisierte die Migrationsexpertin der Partei, Filiz Polat.

Der Hebel der Grünen: Einige Verschärfungen müsste der Bundestag beschließen. „Gesetzgeber ist und bleibt das Parlament“, sagt Polat. Auf Widerstand stößt etwa die geplante Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten auf Georgien und Moldau. Bislang hatten sich die Grünen dagegen ausgesprochen. Manchen tritt die eigene Fraktionspitze da zu leise auf.

Die Länder dagegen sind mit dem Ergebnis einigermaßen zufrieden, auch wenn Bayerns Ministerpräsident Markus Söder den Beschluss als „große Enttäuschung“ geißelt und mehr Geld vom Bund fordert. Die zusätzliche Milliarde nehmen sie gerne mit, aber ihr eigentliches strategisches Ziel war es, mit dem Bund in Gespräche zu kommen über das Vier-Säulen-Modell zur Flüchtlingsfinanzierung. Dieses Modell besagt im Kern, dass der Bund automatisch

mehr zahlt, wenn mehr Flüchtlinge kommen; er übernimmt eine monatliche Pro-Kopf-Pauschale, die Kosten für Unterkunft und Heizung, für Integration und die Kosten für unbegleitete Minderjährige.

Dieser Prozess beginnt nun in den Gesprächen zwischen Experten aus Bund und Ländern. Er soll bis November abgeschlossen sein. Allerdings nimmt der Bund für sich in Anspruch, dass die derzeitige Pauschal-Regelung auch schon atme, sich also der Lage anpasse. Wollten die Länder zurück zum alten System, müsste man das auch exakt abrechnen und habe damit erheblichen zusätzlichen Verwaltungsaufwand, heißt es aus der Bundesregierung.

Wie aber kommen die Beschlüsse bei den Kommunen an? SPD-Chefin Saskia Esken ist am Donnerstagmorgen mit Potsdams Oberbürgermeister Mike Schubert, einem Parteikollegen, in einer neuen Flüchtlingsunterkunft im Stadtteil Fährland verabredet. Neben einer Grundschule hat die Stadt ein Containerdorf für 80 Personen errichten lassen. Alles ist neu: die Küchen, die Waschmaschinen, der Sandkasten. Schubert könnte sich freuen, weil alles tiptop aussieht. Aber seine Laune ist nicht wirklich gut.

Esken fragt, was er vom Ergebnis der Bund-Länder-Gespräche hält. „Ich warte noch auf Ergebnisse!“, sagt Schubert. In wichtigen Fragen, wie einer anderen Verteilung der Kosten, habe es ja nur die Verabredung gegeben, bis November weiter zu verhandeln. Geld für die Digitalisierung der Asylbehörden helfe ihm gerade herzlich wenig, sagt Schubert. Er frage sich, wie er neue Container und andere Unterkünfte bezahlt bekommt. Die Anlage in Fährland habe zwei Millionen Euro gekostet. Eine weitere sei in Planung für bis zu 500 Leute.

Für die Finanzierung müsse die Stadt Kredite aufnehmen und Rücklagen aufbrauchen. Und ob die Integration der Geflüchteten funktioniere, merken die Bürger schnell daran, wenn die Kinder der Geflüchteten in die Kitas und Schulen kämen. Nur, an ausreichend Plätze in Kitas und Schulen habe bislang kaum jemand gedacht, geschweige denn daran, wie das alles finanziert werden soll. **Markus Balse,**

**Daniel Brösler, Paul-Anton Krüger, Nicolas Richter, Mike Szymanski** > Seite 4



So wird Politik gemacht (von li.): Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt schreibt auf, was sich NRW-Ministerpräsident Henrik Wüst, Kanzler Olaf Scholz, Wüsts Staatskanzleichef Nathanael Liminski und Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil am Mittwochabend ausdenken. FOTO: O&B

Digital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München  
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über [www.sz-content.de](http://www.sz-content.de)

A117175711  
libnetbleipzig